

# Das dicke Ende kommt noch

Die Bundestagswahl steht vor der Tür, die Abwrackprämie ist ausgelaufen, das Ende des Kurzarbeitergeldes in Sicht. Einige Zeitungen berichten, es habe Absprachen mit der Industrie gegeben, wonach es keine Entlassungen vor der Wahl geben soll. Nachdem die Bundesregierung den Banken viele 100 Milliarden in den Rachen gestopft hat – ohne dafür konkrete Gegenleistungen zu verlangen – müssen diese astronomischen Summen nun an anderer Stelle wieder reingeholt werden.

Nach der Wahl ist daher dramatisches zu befürchten. Die Arbeitslosenzahlen werden steigen; wir alle werden für die Löcher in der Staatskasse zahlen. Ob mit einer erhöhten Mehrwertsteuer, höheren Beiträgen oder Lohnverzicht. Betroffen sind v. a. die RentnerInnen, Lohnabhängigen, Erwerbslosen, Studierenden und SchülerInnen.

## Auswirkungen der Krise auf Kassel

Das trifft auch die kommunale Ebene – dort wo wir leben. Seit vielen Jahren schon sind die Töpfe der Städte und Gemeinden leer. Doch die jahrelange Finanznot der Kommunen ist nicht vom Himmel gefallen, sie ist politisch gewollt – z. B. durch die Senkung der Gewerbesteuer unter Rot-Grün oder durch das hessische Programm „Operation sichere Zukunft“ unter der CDU-Regierung Koch, das zu drastischen Kürzungen auf kommunaler Ebene geführt hat. Und in der Krise kommt es nun noch dicker. Neben weiteren Steuerausfällen will zum Beispiel der hessische Finanzminister Weimar kommunale Gelder für seinen Landeshaushalt nutzen, die Zuwendungen aus dem kommunalen Finanzausgleich werden drastisch gekürzt. Im nächsten Jahr können 100 Millionen Euro im Kasseler Stadtsäckel fehlen.

## Nach den Wahlen bekommen wir die Rechnung

Der Kasseler Stadtkämmerer Barthel (SPD) hat die Abstimmungen über den Haushalt vorsichtshalber auf nächstes Jahr verschoben – solange hat er Zeit, mit einem Nothaushalt zu regieren.



Am 28. März demonstrierten in Frankfurt a. M. (Foto) und Berlin 50.000 Menschen gegen die Krisenpolitik der Regierung.

Zudem muss er so nicht schon vor der Wahl die katastrophale Lage öffentlich machen. Es ist zu befürchten, dass gerade für soziale und pädagogische Maßnahmen die Gelder gestrichen werden. Schon jetzt wird behinderten Kindern die Schulbegleitung aberkannt (HNA, 30.08.2009).

In Kassel ist im letzten Jahr die Jugendarbeitslosigkeit um sage und schreibe 37,3 % gestiegen. Die sozialen Verwerfungen sind verheerend, was z. B. am Anstieg der Fallzahlen beim Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) der Stadt Kassel deutlich wird. Von 2001 bis 2008 hat sich die Zahl der Maßnahmen, bei denen die SozialarbeiterInnen des ASD eingreifen mussten, von 629 auf 1405 erhöht. Die Mehrarbeit musste ohne zusätzliches Personal bewältigt werden. Eins ist klar: In diesen Zeiten

Jugendämtern, Familienhilfe, pädagogische Betreuung oder Erziehungsberatungsstellen die Gelder zu kürzen ist fatal.

Durch die Pauschalierung der Unterkunft- und Heizkosten bei Hartz IV wälzt die Stadt die Finanzprobleme auf dem Rücken der ohnehin finanziell Schwachen ab. Durch die Weigerung, für Bedürftige ein Sozialticket für den öffentlichen Personennahverkehr einzuführen, tut man nichts, um die Möglichkeiten zur sozialen Teilhabe für Hartz IV-EmpfängerInnen oder Menschen mit kleiner Rente zu verbessern.

## Geld für Soziales statt Prestigeprojekte

Geradezu grotesk muten in diesem Zusammenhang Großprojekte wie der

>>

Flughafen Kassel Calden an, dessen Ausbau der Stadt Kassel auf Dauer Jahresverluste von mehreren Millionen Euro bringen wird, ohne dass von ihm positive wirtschaftliche Effekte zu erwarten wären. Unverschämt sind die happigen Gehaltserhöhungen des Managements des Kasseler Klinikums um 50.000 Euro im Jahr. Dies entspricht einer Steigerung von etwa 20 bis 30 Prozent während den

Beschäftigten des Klinikums sechs Prozent Gehaltskürzungen zugemutet werden.

Die Klage vieler Kommunalpolitiker – die Kassen seien nun mal leer – sind durchsichtige Feigenblätter: Dass ihre eigenen Parteien auf Bundes- und Landesebene die Misere verursacht haben, scheint bei ihnen keine Konsequenz zu haben.

Private Banken haben sich durch die öffentliche Verschuldung eine goldene Nase verdient. Es geht nicht an, dass die Gewinne aus den jahrelangen Profiten in privater Hand bleiben, die Verluste aber von der Bevölkerung gezahlt werden.

**Wir sagen deutlich: Die Stadt gehört uns! Unser Leben ist mehr wert als ihr Profit: Wir zahlen nicht für eure Krise!**

## Wer wir sind und was wir wollen

**Wir erleben derzeit die tiefste Krise des Kapitalismus seit 1929. Nicht nur in der Wirtschaft herrscht Krise. Die Krise ist überall: Klima-, Hunger-, Finanz- und Wirtschaftskrise sind Ausdruck der zerstörerischen Kräfte des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Die Wirtschaftskrise wird mit Konjunkturprogrammen und Rettungsfonds nicht überwunden werden.**

Die Proteste in Deutschland und Europa sind angelaufen. Am 28. März 2009 demonstrierten zehntausende in Frankfurt und Berlin. Am 16. Mai 2009 waren hunderttausend in Berlin und demonstrierten im Rahmen europaweiter Aktionen der Gewerkschaften für einen Schutzschild für die Beschäftigten und die Bevölkerung statt für die Banken und Investoren. Im Juni folgte der Bildungstreik der Schüler/innen und Studierenden, die klar machten, dass miserable Bildungsbedingungen und Krise gemeinsame Wurzeln haben.

Auch in Kassel hat sich im Vorfeld zu den Demonstrationen im März

ein lokales Bündnis gegründet, das den bundes- und europaweiten Protest unterstützt. Wir wollen in den nächsten Monaten versuchen, vor Ort in die öffentliche Diskussion um die Deutung der Krise einzugreifen und alternative Mittel zu ihrer Bekämpfung zu entwickeln.

In den sich verschränkenden globalen Krisen wird die Herausforderung an unsere Forderungen und Kämpfe sichtbar: Wie kann die Verteidigung von Arbeitsplätzen ohne eine Verschärfung von Konkurrenz auskommen? Wie kann soziale Absicherung auch global so gestaltet werden, dass eine gerechte Beteiligung am gesellschaftlichen Reichtum ermöglicht ist? Wie können Perspektiven für eine ökologische Lebensweise entwickelt werden, die nicht im Widerspruch zu den Interessen der Beschäftigten steht, die aktuell am stärksten von Entlassungen bedroht sind? Wie kann eine ökologische Perspektive erarbeitet werden, die nicht in Konkurrenz zur Ernährungssicherheit der Armen der Welt steht? Wie kann eine solidarische Gesellschaft aussehen, in der Eigentum nicht zum Hindernis für Demokratie wird? Wie könnte eine gemeinsame Perspektive auf eine Gesell-

schaft aussehen, in der Profit nicht über den Menschen steht?

### Mitmachen, aktiv werden!

Wir treffen uns an jedem letzten Montag im Monat im Philipp-Scheidemann-Haus, Holländische Str. 72. Die Treffen stehen für alle Interessierten offen.

Kontakt per E-Mail:

[kassel@kapitalismuskrise.org](mailto:kassel@kapitalismuskrise.org)

Weitere Infos:

[www.kapitalismuskrise.org/kassel](http://www.kapitalismuskrise.org/kassel)

### Folgende Organisationen unterstützen das Bündnis:

GEW Kreisverband Kassel-Stadt – attac Kassel – ver.di Betriebsgruppe Uni Kassel – Kasseler Friedensforum – ver.di FB 08 Medien Nordhessen – [!solid Kassel] – Sozialistische Alternative (SAV) Stadtverband Kassel – DIE LINKE KV Kassel-Stadt – DIE LINKE KV Kassel-Land – Kommune Niederkauungen – internationale sozialistische Linke (isl) Kassel – Kasseler Erwerbsloseninitiative (KEI) – Kasseler Linke.ASG

Nordhessisches  
**BÜNDNIS**

**WIR ZAHLEN NICHT**

**FÜR EURE KRISE!**